

16) Unterstützung für die Schwächsten: Die öffentliche Meinung in der Schweiz während der Corona-Pandemie

Flavia Fossati, Carlo Knotz, Mia Gandenberger & Giuliano Bonoli

Die Wichtigkeit der öffentlichen Meinung in einer gut funktionierenden Demokratie ist unbestritten. Gerade in der Schweiz haben Initiativen und Referenden einen entscheidenden und sichtbaren Einfluss auf die Tagespolitik und insbesondere auf die Ausgestaltung von Politikmassnahmen. Es erstaunt daher auch nicht, dass es für die Regierung wichtig ist die öffentliche Meinung zu kennen, damit vor allem diejenigen Massnahmen, die zur Abstimmung kommen, auch mehrheitsfähig sind.

In schwierigen Zeiten oder in Zeiten schnellen Wandels ist es besonders wichtig, die Meinung der Bevölkerung zu zentralen Themen zu kennen, denn nur mit diesem Wissen kann die Politik adäquat auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren. Die wissenschaftliche Forschung zeigt, dass ein gutes Funktionieren jeglicher Massnahmen besonders von der gesamtgesellschaftlichen Zustimmung abhängt und bis zu einem gewissen Grad auch verhindert, dass Referenden oder Initiativen dagegen ergriffen werden.

Die Unterstützung von schwächeren Bevölkerungsgruppen ist ein wichtiger Bereich staatlicher Aktivitäten, wie zum Beispiel von arbeitslosen, kranken oder armen Personen. In der Schweiz fliesst ein grosser Teil des öffentlichen Budgets, nämlich rund 26%, in solche Unterstützungsmassnahmen¹.

1 Bundesamt für Statistik (2020) Statistischer Sozialbericht Schweiz 2019, online <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit.assetdetail.9008560.html>, abgerufen 27.11.2020.

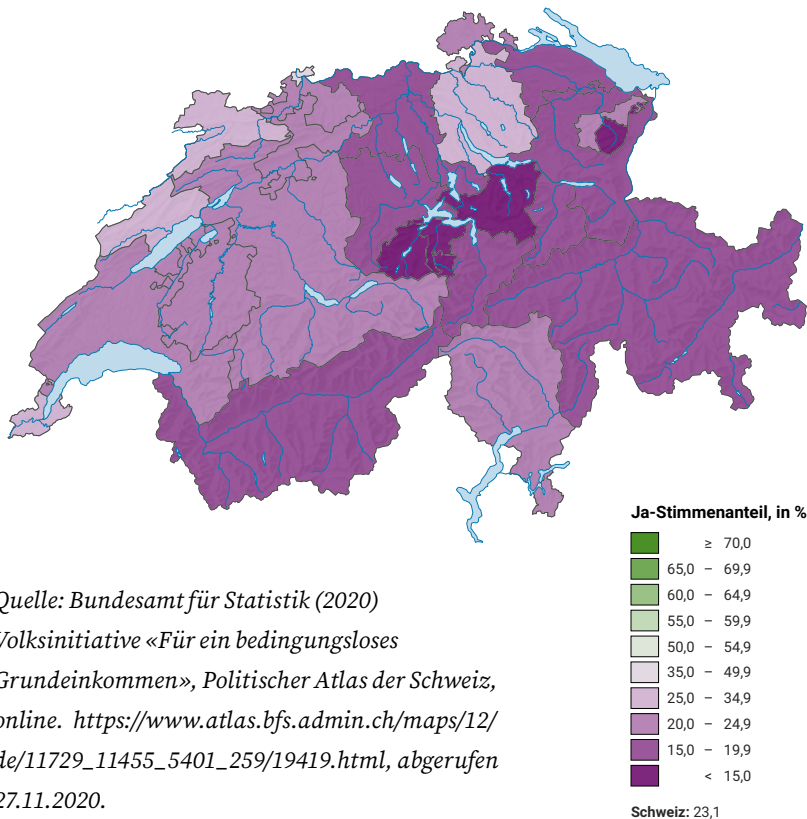
Was passiert nun mit den öffentlichen Präferenzen bezüglich der Unterstützung von sozial schwächer gestellten Personen, wenn sich die Umstände in einer Gesellschaft – zum Beispiel wie durch eine Pandemie und eine damit einhergehende Wirtschaftskrise - dramatisch ändern? Dieser Frage gehen wir mit einem Vergleich der öffentlichen Meinung zur Frage einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, im Jahre 2016 und 2020, nach.

Am 5. Juni 2016 wurde in der Schweiz über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abgestimmt. Die Initiative forderte die Einführung einer monatlichen Zahlung, die ein menschenwürdiges Dasein für die ganze Bevölkerung erlauben würde. Dabei wurden vom Initiativkomitee, als Anhaltspunkte wie eine Umsetzung aussehen könnte, monatliche Beträge von 2'500.- Schweizer Franken für erwachsene Personen und von 625.- Schweizer Franken für Kinder und Jugendliche genannt.

Am damaligen Abstimmungssonntag wurde die Vorlage, wie Abbildung 1 zeigt, mit einer Stimmbeteiligung von 46.95% und mit einem Durchschnitt von 23.1% Ja-Stimmen deutlich abgelehnt². Die Zustimmung für das bedingungslose Grundeinkommen war speziell in der Deutschschweiz mit rund 20% und im Tessin mit 22%, tiefer als in den vier Kantonen mit Französischer Amtssprache (Genève, Jura, Neuchâtel und Valais), wo die Zustimmung etwas höher, bei rund 30%, lag.

² Bundeskanzlei (2016) Vorlage Nr. 601, online <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20160605/det601.html>, abgerufen 27.11.2020

Abbildung 1: Resultate der Abstimmung «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» im Jahr 2016



Quelle: Bundesamt für Statistik (2020)

Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», *Politischer Atlas der Schweiz*, online. https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/12/de/11729_11455_5401_259/19419.html, abgerufen 27.11.2020.

Aus der politikwissenschaftlichen Forschung weiss man, dass eine Veränderung der äusseren Umstände (beispielsweise eine Rezession, steigende Arbeitslosigkeit oder natürliche Katastrophen) einen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben können, gerade auch bezüglich der Generosität der staatlichen Unterstützung. Angesichts der grossen ökonomischen und sozialen Herausforderungen und der

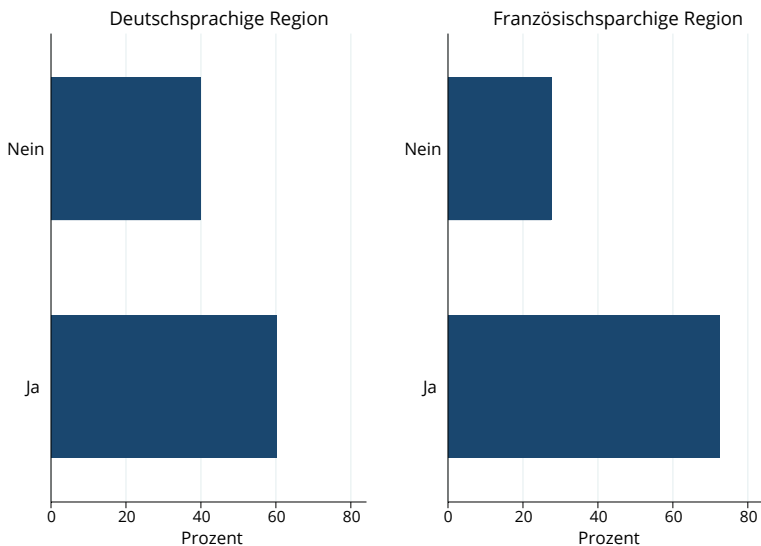
wachsenden Ungleichheit, die sich während der ersten Pandemiewelle in der Schweiz manifestiert haben, interessierte uns, wie es mit der Zustimmung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen steht und, ob dieses an der Urne immer noch verworfen werden würde.

In einer repräsentativen Studie, die auf einer Stichprobe von rund 1500 in der Schweiz wohnhaften Personen basiert, haben wir analysiert, ob die Vorlage von 2016 zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Frühjahr 2020 immer noch abgelehnt werden würden.³ Dazu haben wir den Befragten exakt die Frage aus der Abstimmung von 2016 vorgelegt, um die Zustimmungswerte möglichst direkt vergleichen zu können.

Interessanterweise zeigt sich während der ersten Pandemiewelle ein ganz anderes Bild als am Abstimmungssonntag im Jahre 2016. Im April 2020 befürworteten im Durchschnitt 63.4% der befragten Personen in der Schweiz ein solches Grundeinkommen. Wie Abbildung 2 zeigt, ist die Zustimmung in den französischsprachigen Regionen dabei mit 72.5% deutlich höher als in den deutschsprachigen Regionen, wo diese lediglich 60% beträgt.

³ Die Stichprobe ist ein Abbild der in der Schweiz ansässigen Bevölkerung bezüglich der Merkmale: Alter, Geschlecht, Wohnort (Französisch- oder Deutschsprachiger Bereich) und Bildungsniveau.

Abbildung 2: Zustimmung für ein bedingungsloses Grundeinkommen im April 2019



Quelle: Knotz, Carlo, Mia Gandenberger, Philipp Trein, Flavia Fossati and Giuliano Bonoli. 2020. *The IDHEAP/NCCR-on the move survey 'Solidarity in times of crisis'* - Data Dashboard. Lausanne: IDHEAP, Université de Lausanne & NCCR - on the move, online https://idheapunitepolsoc.shinyapps.io/covid_dashboard/, abgerufen 27.11.2020.

Beim Vergleich der beiden Ergebnisse sollte man beachten, dass die Zahlen unterschiedlich «erhoben» wurden: 2016 wurde offiziell abgestimmt, wir haben dagegen nur eine online Umfrage durchgeführt. Das heisst die zwei Resultate sind nur bedingt vergleichbar. Dabei gibt es verschiedene Punkte zu beachten: Über das Referendum im Jahre 2016 wurde nach einer angeregten öffentlichen Debatte abgestimmt, welche es der Bevölkerung erlaubte sich eine fundierte

Meinung zu diesem Thema zu bilden. Ausserdem war bei unserer Umfrage vielleicht nicht allen Befragten klar, dass ein Grundeinkommen gegebenenfalls mit Steuererhöhungen finanziert werden muss.⁴ Das heisst in unserer Befragung war eventuell nicht jeder befragten Person gegenwärtig, dass staatliche Unterstützung auch erhebliche Kosten verursachen kann und ein Annehmen der Initiative auch andere reelle Konsequenzen haben würde. Schliesslich, da die Stimmbeteiligung im Jahre 2016 nur gerade rund 47% betrug ist, es auch sehr wahrscheinlich, dass die Abstimmenden eine nicht repräsentative Abbildung der Schweizer Bevölkerung darstellte, wie es hingegen in unserer Befragung der Fall war. Alle diese Faktoren können die Unterschiede zwischen den Resultaten der Jahre 2016 und 2020 wahrscheinlich zumindest teilweise erklären.

Allerdings, und wenngleich man die zwei Resultate nicht direkt vergleichen kann, ist die Abweichung trotz allem sehr deutlich und daher scheint es uns interessant diese zu diskutieren. Die Unterschiede legen nahe, dass es in der Bevölkerung eine grössere Besorgnis bezüglich der durch die Pandemie steigende Ungleichheit und den ökonomischen und sozialen Problemen gibt als dies noch im Jahre 2016 der Fall war. Anders gesagt, scheint es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in der Schweizer Bevölkerung eine stärkere Befürwortung von Wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung und Solidarität mit den Schwächsten in der Gesellschaft zu geben. Dies würde auch den Ergebnissen aus einigen international vergleichenden Studien entsprechen.⁵

4 Siehe dazu auch das Interview der Politikphilosophin Katja Gentinetta mit dem Schweizer Rundfunk vom 30. November 2020 (<https://www.srf.ch/news/schweiz/chancenlose-initiativen-politikphilosophin-was-gratis-ist-muss-irgendjemand-bezahlen>; letzter Zugriff am 1. Dezember 2020).

5 Blekesaune, M. (2007). Economic conditions and public attitudes to welfare policies. *European Sociological Review*, 23(3):393–403; Uunk, W. and van Oorschot,

In einer gut funktionierenden Demokratie würde man angesichts dieses Präferenzwandels dann auch erwarten, dass die Politik tatsächlich auf die Krisensituation reagiert und der Forderung nach mehr sozialer Unterstützung nachkommt.

Im schweizerischen Fall hat die Regierung in Reaktion auf die Pandemie zwar kein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt, allerdings wurden sehr weitreichende Unterstützungsmassnahmen für Personen, Firmen und Sektoren beschlossen, die stärker als andere unter den ökonomischen Folgen der Gesundheitssituation leiden. Manche dieser Subventionen sind sogar nicht weit von der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens entfernt, da sie gar nicht oder nur über sehr lange Zeit zurückbezahlt werden müssen.

Aus diesem Beispiel lässt sich schliessen, dass die schweizerische Regierung durchaus ein Gehör für die sich verändernde öffentliche Meinung und Bedürfnislage hatte und mit entsprechenden Massnahmen reagiert hat. Die spannende Frage wird aber sein, ob die Zustimmung für solche «bedingungslose» Massnahmen auch in «normalen» Zeiten anhalten wird, oder ob sich die Mehrheitsverhältnisse wieder auf das Niveau vom Jahre 2016 einpendeln werden.

W. (2019). Going with the flow? the effect of economic fluctuation on people's solidarity with unemployed people. *Social Indicators Research*, 143(3):1129-1146. Siehe aber auch bspw. Durr, R. H. (1993). What moves policy sentiment? *American Political Science Review*, 87(1):158-70.